

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Geschäftstext: 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Telefon: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich

6 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatt“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Bezugspreis: Im Verlag abgeholt: 48 Millionen M., in den Ausgabestellen: 49 Millionen M., durch die Träger ins Haus gebracht: 50 Millionen M., vom 1. 10. November. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung des Blattes oder auf Aufzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Ortsliche Anzeigen 20 Millionen M., Provinz-Anzeigen 25 Millionen M., Auslands-Anzeigen 30 Millionen M., auswärtsige Anzeigen 35 Millionen M., deutsche Kleinanzeigen 40 Millionen M., für die einseitige Kolonisation. — Alle Zeitungspreise sind freibleibend; Erhöhungen mit sofortiger Wirkung auch bei allen laufenden Aufträgen, ohne besondere Mitteilung. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme: 10 Uhr vormittags.

Erster Abteilungs des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Raubacherstraße 35, Fernsprecher: Rheingau 2186.

Nr. 253.

Freitag, 9. November 1923.

71. Jahrgang.

Staatsumsturz in Bayern.

Der Staatsumsturz in Bayern, der am Vorabend des 9. November in München erfolgt ist, konnte niemand überraschen. Wir hatten in den letzten Tagen mehrmals auf die bayerische Gefahr hingewiesen, die aller Welt klar in Erscheinung getreten war, nur der Berliner Regierung nicht. In den fünf Jahren schwerster Entscheidungen und sich häufender Katastrophen, die hinter uns liegen, standen die Dinge vielleicht niemals so sehr auf des Messers Schneide wie jetzt. Es geht um den Bestand der deutschen Republik und um die Einheit Deutschlands. Ein Aufruf der Reichsregierung macht auf die Erfordernisse der Stunde aufmerksam und ruft alle Freunde des Vaterlandes zur Hülfsleistung auf. Dieser Appell wird zweifellos nicht vergeblich sein, denn die republikanischen Massen haben sich in den 5 Jahren der deutschen Republik bewährt. Nach dem Kapp-Putsch, nach dem Erzberger- und Rathenau-Mord haben sie immer wieder als Kampfschützen ihren Mann gestanden. Sie werden auch jetzt im Augenblick der höchsten Not gegen die übermütige bayerische Gegenrevolution ihre Pflicht tun.

Die Ereignisse in Deutschland werden im Ausland natürlich mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Zweifellos würde die Beseitigung der demokratischen Verfassung in Deutschland vom Ausland mit den schärfsten Maßnahmen beantwortet werden. Jede deutsche Regierung, möge sie sich Diktatur oder Vorherrschaft nennen, die nicht auf der legitimen Basis der Volkvertretung beruht, würde das Ausland gegen sich haben und unfähig sein, die großen Aufgaben der Zukunft zu lösen, selbst wenn es ihr gelänge, die inneren Probleme der Ernährung und der Finanzen zu bewältigen. Frankreich hat auch bereits in Berlin mitteilen lassen, daß es die Bildung einer diktatorischen deutschen Regierung nicht dulden würde. Schon vor einem Monat erfuhr man aus fremden Zeitungen, die Entente werde einen neuen Vorstoß in der Frage der militärischen Kontrolle unternehmen. In der Tat ist damals eine Note an die deutsche Regierung gegangen, die von ihr Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Arbeit der Militärkontroll-Kommissionen forderte. Diese Note wurde durch das auswärtige Amt unterdrückt und der Öffentlichkeit vorenthalten, obwohl es notwendig gewesen wäre, schon zu jener Zeit die deutschen Missionisten an die nüchterne Tatsache zu erinnern, daß Deutschland nicht Herr seiner Entscheidung ist. Jetzt ist eine zweite deutsche Note eingelaufen, in der innerhalb einer bestimmten Frist Antwort auf die Note vom 5. Oktober verlangt wird, da die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Kontroll-Kommission angesichts der Vorgänge in Deutschland nicht mehr aufgeschoben werden könne. Es steht also fest, die Annahme einer diktatorischen Organisation an der bayerisch-thüringischen Grenze, die offen betriebene Rüstung zu einem Rechtsbruch und die Bestrebungen zur Errichtung einer nationalen Diktatur haben außenpolitisch ihre Schuldigkeit getan!

Die Vorgänge in München.

München, 9. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Der gestrige Abend hat in München den Staatsumsturz gebracht. In einer ungeheuren überfüllten und schon um 7 Uhr polizeilich gesperrten Versammlung im Bürgerbräukeller hielt der bisherige Generalkommissar v. Kahr die angekündigte große Rede. Er hat aber noch beendet hatte, wurde er von dem Führer der Nationalsozialisten Hitler unterbrochen. Ein Sturmtrupp drang in den Saal ein und gab eine Anzahl Schüsse gegen die Saaldecke ab. Es entstand eine ungeheure Unruhe. Hitler brach sich durch die Menge Bahn und erklärte, die Regierung Knilling sei hiermit gestürzt und die nationale Diktatur ausgerufen. Heute vor 5 Jahren sei die Revolution angegangen, mit dem heutigen Tage aber sei sie beendet. Das Kabinett sei abgesetzt. Die Minister Knilling und Schwenner, die in der Versammlung anwesend waren, wurden trotz ihres Protestes verhaftet und vorläufig eingesperrt. Außerdem wurden verschiedene andere prominente Persönlichkeiten verhaftet. Hitler teilte dann mit: Landesverweiser ist Dr. v. Kahr, Ministerpräsident Böhner. Eine deutsche nationale Reichsregierung werde in München gegründet. Es werde sofort eine deutsche nationale Armee errichtet; die Leitung der deutschen Politik übernehme er, Hitler, selbst. General Ludendorff übernehme die Leitung der deutschen Armee, v. Lossow werde Reichswehrminister, v. Seißer werde deutscher Reichspolizei-

minister. Hitler richtete an die Versammlung die Anfrage, ob sie mit diesen Vorschlägen einverstanden sei, was mit tosendem Beifall beantwortet wurde. Hierauf wurden die als neue Minister vorgeschlagenen Persönlichkeiten in den Saal geführt. v. Kahr, Ludendorff und die übrigen erklärten sich zur Annahme ihrer Ämter bereit. Sodann ergriff Hitler das Schlußwort und führte aus, der Tag, den er so sehnlich erwartet habe, sei heute gekommen und werde Deutschland wieder zu einem Reiche der Herrlichkeit machen. In der 10. Abendstunde bewegte sich vom Löwenbräukeller aus ein gewaltiger Zug von Angehörigen der Kampfbünde mit Fahnen und Musik nach dem Bürgerbräukeller.

München, 9. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Hitler führte in seiner Ansprache folgendes aus: Die Regierung der Novemberverbrecher in Berlin werde für abgesetzt erklärt. Die nationale Regierung in Berlin werde in München begründet. Ferner werde sofort eine nationale Armee ins Leben gerufen. Die Armee werde die Aufgabe haben, den Marsch gegen Berlin anzutreten. Um 10 Uhr trat, von endlosem Jubel begrüßt, General Ludendorff den Saal und die Rednertribüne, auf der schon v. Kahr, Lossow und Hitler Platz genommen hatten. Die Ausführungen gingen in dem brausenden Beifall unter. Kahr erklärte: In dieser schwersten und wichtigsten Stunde übernehme ich die Leitung der Geschicke Bayerns als Statthalter der Monarchie. Ludendorff sagte, ergriffen von der Größe des Augenblicks, stelle er sich der nationalen Bewegung zur Verfügung. Sein Streben werde sein, die schwarzweiße Fahne, die durch die Novemberrevolution geschändet worden sei, wieder zu Ehren zu bringen. Diese Stunde sei ein Wendepunkt in der deutschen und in der Weltgeschichte.

München, 8. Nov. Im Bürgerbräukeller fand heute abend die angekündigte Kundgebung statt, bei der v. Kahr unter wiederholtem Beifall ein Manifest an die deutsche Nation verlas. In dem er sich mit dem Marxismus befaßte. Besonders stark vertreten waren in der zahlreich besetzten Versammlung die Mitglieder der nationalsozialistischen Verbände. Von der bayerischen Staatsregierung waren die Minister Dr. Schwenner, Böhner und Dr. Krausnick erschienen. Kommerzienrat Zerk sprach in seiner Begrüßungsrede den Wunsch aus, daß der Generalkommissar der Führer sein möge in ein neues besseres Deutschland.

München, 8. Nov. Von privater Seite erhält das Emdorfer Correspondenzbüro über die Vorgänge im Bürgerbräukeller folgenden Bericht: Nachdem der Generalkommissar keine Rede beendet hatte, sah Hitler mit 100 Mann in den Saal eindringen und dabei erklärte, daß die letzte Regierung abgesetzt sei. Eine neue Regierung sei bereits ausgeteilt. General Ludendorff werde Landesbefehlshaber. Hitler politischer Berater und der frühere Münchener Polizeipräsident Böhner Polizeikommissar und General v. Lossow Reichsminister. Daraufhin ist der Bürgerbräukeller von Hitler-Truppen in weitem Umkreis abseziert worden. Zu Zwischentönen sei es bis 10 Uhr abends noch nicht gekommen. Zurzeit kann sich die Kampfschützen-Überzahl und Reichsflagge in verschiedenen Stellen und beleben die Plätze. Über die Haltung der Reichswehr und der Landespolizei liegen noch keine näheren Meldungen vor. Von privater Seite weiter mitgeteilt wird, daß Kahr im Bürgerbräukeller Verhandlungen pflegen. Einer letzten Meldung zufolge ist das Telegrammenamt von Landespostamt befehligt worden. In der Redaktion der „Münchener Neuesten Nachrichten“ seien Offiziere der Hitler-Truppen erschienen.

Ein Rundspruch des Oberbürgermeisters von Nürnberg.

Nürnberg, 9. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Abteilung.) Nach Mitteilungen, die um 10 Uhr von amtlicher Stelle gebracht wurden, liegt in Nürnberg ein Rundspruch des Oberbürgermeisters von Nürnberg vor, nachdem Herr v. Kahr, Herr v. Lossow und Oberst Seißer erklärt hätten, daß ihre Zustimmung zu dem Hitler-Ludendorff-Putsch in der Nacht erpreßt sei. Sie lehnen jede Beteiligung an dem Putsch ab und hoffen noch heute der Bewegung Herr werden zu können. Aus Bamberg wird ferner gemeldet, daß die Nationalsozialistenführer dort bereits entwaffnet seien.

Eine Verordnung des Reichswehrministers.

Berlin, 9. Nov. Der Reichswehrminister erläßt unter dem 9. November folgende Verordnung: Das Verbreiten anderer als amtlicher Nachrichten über die Münchener Ereignisse wird hiermit verboten. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Ausnahmeverordnung bestraft und führen zum Verbot der Zeitung.

Hitlers Stunde.

as. Berlin, 9. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Abteilung.) Die alte Erfahrung, daß für einen bestimmten Termin angekündigte Revolutionen auszubleiben pflegen, hat diesmal betrogen. Ganz programmäßig haben Adolf Hitler und seine Getreuen gestern abend die bayerische Regierung gestürzt. Überraschen wird das niemand außer etwa die Reichsregierung, denn das Kanzlerblatt, die „Zeit“, verkündigte noch gestern abend, man glaube in München nicht, daß am 9. November dort die Ordnung ernsthaft gefährdet werden könnte, von irgendwelchen Vormarschplänen ganz zu schweigen. Herr Hitler hat nun seine Stunde für gekommen erachtet, und an demselben 8. November, an dem vor 5 Jahren der Nichtbayer Kurt Eisner die Revolution ausrief, proklamierte jetzt der Nichtbayer Hitler den neuen Umsturz. Nur war es das erste Mal im Rathesbräu, während Herr Hitler den Bürgerbräukeller bevorzugte. Revolutionen in Bayern werden eben grundsätzlich in Bräus gemacht. Niemand wird es auch überraschen, daß

General Ludendorff

dieser Verschwörung angehört, bei dem ja seit langem die Drähte zusammenlaufen. Ob er auch diesmal nach dem 9. November, wie vor 5 Jahren, wieder Schweden als Zufluchtsort wählen wird, bleibt abzuwarten. Es scheint, daß er zum Hitler-Putsch mehr Vertrauen hat als zum Kapp-Putsch, bei dem er auch bereit stand, aber noch zunächst im Hintergrund blieb.

In den Vormittagsstunden ist noch nicht klar zu übersehen, wie weit die Beziehungen Hitlers in Norddeutschland reichen und wie weit man in den rechtsradikalen Kreisen des Nordens bereit ist, sich von Herrn Hitler der ja noch rechtzeitig vor dem Putsch deutscher Staatsbürger wurde, jenen berühmten herrlichen Zeiten entgegenzuführen zu lassen, die der neue Diktator von eigenen Gräben sich verheißt. Die nächsten Stunden aber dürften schon Klarheit bringen, welche Kreise mit Hitler zu gehen geneigt sind.

Die bayerische Regierung v. Knilling erntet jetzt die Früchte ihrer Tätigkeit oder, richtiger gesagt, ihrer Untätigkeit gegenüber jenen Kreisen, die Hitler als Leuchte anfaßen, und die Reichsregierung, der die Auflösung weniger proletarischer Hundstschäfen in Thüringen dringender als die Bekämpfung der illegalen bayerischen Organisation erschien, muß erkennen, daß die Politik des Samthandschuhs verfehlt war, wenn der Gegner brutal und rücksichtslos vor

Hoch- und Landesverrat

nicht zurückschreckt. Mit rücksichtsloser Energie muß jetzt die Reichsregierung die Machtmittel des Staates einsetzen, alle Gegensätze, aller Parteihader muß zurücktreten und alles zusammenarbeiten mit der Lösung: Rettet das Reich!

Wie weit der Hitler-Ludendorff-Putsch auf die auswärtige Politik einwirken wird, ist zur Stunde natürlich noch nicht zu übersehen!

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 9. Nov. Die deutsche Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk! In der Zeit der höchsten inneren und außenpolitischen Bedrängnis haben sich Verbündete aus West gemacht, um das Deutsche Reich zu zerstören. In München hat eine bewaffnete Horde die bayerische Regierung gestürzt, den bayerischen Ministerpräsidenten v. Knilling verhaftet und ihn annehmend, eine Reichsregierung zu bilden, den General Ludendorff zum angeblichen Befehlshaber der deutschen Armee und Herrn Hitler, der erst vor kurzen Zeit die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat, zum Leiter der Geschicke Deutschlands zu bestimmen. Es bedarf keines Hinweises darauf, daß diese Putschschritte null und nichtig sind. Wer diese Bewegung unterstützt, macht sich Hoch- und Landesverrats schuldig. Statt unseren Brüdern im Rheinland und an der Ruhr zu helfen, die für Deutschland kämpfen, kauft man Deutschland ins Unheil, gefährdet die Ernährung, bringt uns in die Gefahr eines leidlichen Einmarsches und zerrütet alle Ansichten auf Umbildung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft. Die letzten Maßnahmen der deutschen Regierung auf währungspolitischen Gebiet haben dazu geführt, daß die Mark im Ausland sich in den letzten 24 Stunden um das Vielfache gehoben hat. Alles ist dahin, wenn das wahnsinnige Beginnen Erfolg hat, das in München verübt wird.

In der Schicksalskunde des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches fordern wir alle Freunde des Vaterlandes auf, sich einzusetzen für die Wahrung der deutschen Reichseinheit, deutscher Ordnung und deutscher Freiheit. Alle Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens und Wiederherstellung der Ordnung sind getroffen und werden mit rücksichtsloser Energie durchgeführt. Der Reichspräsident: (Ges.) Ebert. Die Reichsregierung: (Ges.) Dr. Stresemann, Reichskanzler.

1890

18

1890

18

